

Susanne Hennig

Wie antwortet DIE LINKE auf die Ausbildungsmisere?

1. Ausbildungssituation in Deutschland im Herbst 2007

Die Bundesagentur für Arbeit zeichnet für die Ausbildungssituation 2007 ein ungleich positiveres Bild, als es tatsächlich den Realitäten entspricht. Zwar hat sich bundesweit die Ausbildungssituation etwas verbessert (leichte Zunahme an betrieblicher Ausbildung). Dennoch bestehen nach wie vor, vor allem regional, starke Disparitäten zwischen Angebot und Nachfrage. Mit diesen ist einerseits nach wie vor ein massenhafter Verlust von Lebenschancen verbunden, andererseits macht sich zunehmend branchen- und regional-spezifisch Fachkräftemangel bemerkbar. Die Bundesregierung verweigert beharrlich die Geltendmachung des Berufsausbildungssicherungsgesetzes.

Bis zum 30.9.2007 wurden der Agentur für Arbeit 516.400 Ausbildungsstellen gemeldet, das sind 12,5% mehr als 2006. Von den gemeldeten Stellen waren ganze 423.000 betriebliche, 93.400 außerbetriebliche Ausbildungsplätze. Dem standen 734.000 junge Menschen gegenüber, die bei der Agentur ihr Interesse für eine duale Berufsausbildung bekundet haben und als BewerberInnen galten. Die Zahl der BewerberInnen nimmt ab – in den neuen Ländern aufgrund der demografischen Entwicklung als Folge des Wendeknicks teilweise schon jetzt bis zu 20% wie in Thüringen. Als regionale Differenz teilweise schon jetzt bis zu 20% wie in Thüringen. Als regionale Differenz zwischen gemeldeten Ausbildungsstellen und BewerberInnen werden 217.000 fehlende Ausbildungsplätze angenommen, die letztlich von der Agentur auf eine Lücke von 29.100 unversorgten Jugendlichen heruntergerechnet werden. Diese Lücke wird von der Agentur mit seit langem kritisierten Maßnahmen für die Jugendlichen geschlossen. Dazu zählen berufsvorbereitende Maßnahmen, Einstiegsqualifizierungen, Praktika, vollzeitschulische Warteschleifen, Arbeitsangebote für Ungelernte oder die Weiterführung von Studium, Schule, die Aufnahme des Wehr- oder Zivildienstes – fast immer rein staatlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungsvarianten. In einigen Ländern wie Hamburg ist es Praxis, junge Menschen einfach nicht als BewerberInnen für einen Ausbildungsplatz zuzulassen, weil sie als »nicht ausbildungsfähig eingestuft« werden. Nach Schätzungen der Gewerkschaften haben im Gefolge dessen bundesweit 2006 etwa 160.000

junge Menschen keine Lehrstelle gefunden (vgl. Votum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des BBB 2007, S. 8) und nicht knapp 40.000, wie von den Agenturen angegeben. Dass sich auch bei derzeit steigenden Zahl an Ausbildungsplätzen die Situation nicht grundsätzlich ändert, ist Folge der ausgebliebenen Änderung von Maßnahmen und Instrumenten.

Folgen der ungenügenden Ausbildungspolitik der letzten Jahre sind der Anstieg der Zahl der Altnachfrager (2007 Anteil von knapp 50% an allen BewerberInnen) und die Zunahme des Anteils öffentlich geförderter Ausbildungsplätze. Die öffentliche Hand beteiligt sich in einigen Regionen Deutschlands bereits mit einem Anteil von 70-80% an der Finanzierung von Ausbildungsplätzen.

Eine qualitative Verbesserung der Ausbildungsangebote ist trotzdem nicht in Sicht. Das Problem fehlender qualifizierter Ausbildungsplätze ist in einigen Regionen hauptsächlich vielfältiger Problemlagen, und muss deshalb mit Priorität bearbeitet werden. Das Verhältnis von BewerberInnen und betrieblichen Ausbildungsplätzen verbessert sich durch die »Ausstillmentalität« von Politik und Wirtschaft nur auf einem sehr niedrigen Niveau. Die absehbaren Fachkräftebedarfe der Unternehmen werden sich bei Abnahme der Erstbewerberzahlen in den nächsten Jahren nicht von selbst befriedigen lassen.

Die Ausbildungssituation in Deutschland ist nicht losgelöst von der europäischen Debatte im berufsbildenden Bereich zu diskutieren. Auf europäischer Ebene wird aktuell der Europäische Qualifikationsrahmen in Verbindung mit einem europäischen Leistungspunktesystem diskutiert, das zu mehr Mobilität, Vergleichbarkeit und Transparenz beruflicher Abschlüsse bzw. zu einer besseren Anerkennung und Anrechnung von Qualifikationen und Kenntnissen im europäischen Raum führen soll. In diesem Zusammenhang setzt sich die Bundesregierung aktiv für die Schaffung eines nationalen Qualifikationsrahmens ein.

2. Krise der beruflichen Ausbildung und Antworten der LINKEN

Die Situation im Ausbildungsbereich in Deutschland ist nach wie vor gespannt und verlangt in den unterschiedlichsten Bereichen nach differenzierteren Lösungen. Stender spricht von einer Krise der beruflichen Ausbildung, als deren Symptome er in erster Linie die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche, die mangelnde Verwertbarkeit der erworbenen Qualifikationen, den Ausstieg Studienberechtigter aus dem erlernten Beruf, die zu kritisierenden

Wie antwortet DIE LINKE auf die Ausbildungsmisere?

Prüfungsmodalitäten und, als am häufigsten diskutiertes Krisensymptom, die Versorgungslage und die nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen ausmacht (vgl. Stender, Band I, 2007: 18ff.). Bekennt man sich weiterhin zum dualen System und der Verantwortung der Wirtschaft, müssen entscheidende politische Schritte für eine Veränderung der Situation in die Wege geleitet werden.

In der Präambel der »Magdeburger Erklärung« heißt es unter der Überschrift »Grundrecht auf Ausbildung sichern! – Linke Perspektiven für eine Reform der Beruflichen Bildung«: »Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbstbestimmtes Leben, für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft. Gerade deshalb ist es alarmierend, dass sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren in der Bundesrepublik insgesamt weiter verschärft. Anstatt die Unternehmen in die Pflicht zu nehmen, beschränkt sich die Bundesregierung im Rahmen des Ausbildungspaktes auf freiwillige Selbstverpflichtungen und Appelle an die Unternehmen. Der Ausbildungspakt bleibt damit eine Mogelpackung. Er führt dazu, dass insbesondere viele große Unternehmen weiter unter ihren Möglichkeiten bleiben oder gar nicht ausbilden und Ausbildungsplätze abbauen. Mit statistischen Tricksereien wird die Misere verschleiert. Reale Probleme in der allgemeinen Schulbildung werden auch dazu genutzt, mangelnde Ausbildungsbereitschaft mancher Unternehmen zu kaschieren. Dabei übersehen wir nicht die Initiativen und das Engagement besonders kleiner und mittlerer Betriebe und des Handwerks für die berufliche Bildung.«

DIE LINKE verfolgt zuvorderst das Ziel, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen und tatsächliche Wahlfreiheit zu gewähren. Eine gesetzliche, branchenorientierte *Umlagefinanzierung* soll Unternehmen in die Zahlungspflicht nehmen, die nicht oder nicht ausreichend ausbilden, um betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanzieren zu können. Die LINKE setzt sich dafür ein, dass Auszubildenden auch in Ausbildungsgängen, die die dualen Angebote ergänzen, durch die Sicherung ausreichender Qualität dieser Ausbildungen der Zugang zur Kammerprüfung gewährleistet wird. In vollzeitschulischen oder außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten muss eine angemessene Ausbildungsförderung erfolgen, die diese Auszubildenden gegenüber der dualen Ausbildung nicht benachteiligt.

Die *Qualität der Beruflichen Bildung* bedarf einer deutlichen Verbesserung. Warteschleifen und perspektivlose Angebote haben in den Konzepten der LINKEN keinen Platz. Berufliche Bildung muss den Zugang zu Hochschulbildungsgängen gewährleisten bzw. angerechnet werden können.

Die *Europäisierung der Berufsausbildung* darf nicht zu einer Umgestaltung in Richtung unverknüpfter Einzelmodule und einer eindimensionalen Ausrichtung von Bildungsinhalten auf ihre kurzfristige Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt instrumentalisiert werden. In Deutschland sollte die Ausarbeitung eines Nationalen Qualifikationsrahmens vor dem Hintergrund des verabschiedeten Europäischen Qualifikationsrahmens dazu genutzt werden, um Vergleichbarkeit zwischen beruflichen Qualifikationen zu sichern, soziale Ungleichheit abzubauen und eine verbesserte Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen.

DIE LINKE misst einer hohen Bildungsqualität in der allgemein bildenden Schule auch im Kontext beruflicher Qualifizierung große Bedeutung und setzt sich dafür ein, in allen Schulformen *polytechnische Bildungsangebote* einzuführen. Sie sollen dazu beitragen, durch hohe Praxisrelevanz auf unterschiedlichen Niveauebeneen Lernzielen Konturen zu geben, Lernmotivation zu fördern, Lernerfolge zu festigen und komplexe Zusammenhänge verstehen zu lernen. Sie sind darüber hinaus darauf gerichtet, Technikenverständnis auszuprägen, Technik als wesentliche Komponente modernen Kulturfortschritts zu begreifen und technischen Fortschritt verantwortungsbewusst mitzugestalten. Sie tritt ferner dafür ein, dass Berufsorientierung, Berufsberatung und Berufsvorbereitung deutlich verbessert und aufgewertet werden.

DIE LINKE sieht die *berufliche Ausbildung und Qualifizierung im Ostdeutschlands vor besondere Herausforderungen gestellt*. Während 2007 die letzten zahlenmäßig starken Jahrgänge die allgemeinbildenden Schulen verlassen haben, werden sich bereits nach 2010 die Zahlen der AbsolventInnen halbieren. Gleichzeitig treten zwischen 2010 und 2020 zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand. Schon jetzt lässt sich ein erheblicher Fachkräftemangel vor allem in hochqualifizierten Berufen absehen. Schule und Berufsbildung sind gefordert, durch hohe Bildungsqualität und wirksame Förderung aller Schülerinnen und Schüler und aller Auszubildenden niemanden zurückzulassen oder gar aufzugeben. Die hohe Zahl von Schul- und AusbildungsabrecherInnen und von AbsolventInnen, die lediglich den Hauptschulabschluss erreichen, darf nicht akzeptiert werden. Zugleich sind neue Überlegungen erforderlich, damit die erheblichen Investitionen in berufliche Ausbildungsstätten auch künftig bei sinkenden SchülerInnenzahlen für Bildung und Innovation zum Tragen kommen. Die Entwicklung von polytechnischen Zentren, von Kompetenzzentren für die regionale Wirtschaft und von Weiterbildungsangeboten an berufsbildenden Schulen schlägt DIE LINKE als zukunftsfähige Lösungen vor. Über kurz oder lang werden solche Prozesse auch für die übrigen Bundesländer von Bedeutung sein.

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind im gesamten Bildungssystem vielfach benachteiligt. Für sie müssen spezifische Förderangebote bereitgestellt werden. Zur Verbesserung der *Ausbildungs- und Berufsintegration junger MigrantInnen* bedarf es eines qualifizierten Netzes von Beratungsstellen für ausländische Nachwuchskräfte, von Jugendmigrationsdiensten und von Programmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und AusländerInnenhass. Umfassende Teilhabe lässt sich nur durch eine rechtliche Gleichstellung in allen Bereichen erreichen. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf. Durch faktische Arbeitsverbote und das Vorrangprinzip wird Jugendlichen mit Migrationshintergrund heute noch oft der Zugang zu betrieblichen Ausbildungen versperrt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, *Frauen und Mädchen* sowie Jungen und Männern die ganze Palette beruflicher Entwicklung zu eröffnen, Diskriminierungen und Vorurteile abzubauen, untaugliche Traditionen zu überwinden.

Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative *Angebote für Menschen mit Behinderungen* größeres Gewicht erlangen. So ist derzeit ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Berufsförderungswerken, Berufsbildungswerken und Werkstätten für behinderte Menschen unerlässlich. Auch in diesen Formen müssen hochwertige und angemessene Qualifikationsangebote vorgehalten werden, um soziale Integration zu unterstützen und den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit dem Ausbau integrativer Angebote soll die Zahl der Plätze in Einrichtungen ausschließlich für Menschen mit Behinderungen ausgebaut werden.

Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen gehört nach Auffassung der LINKE zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben. Um diese zu erfüllen, dürfen die Förderprogramme (speziell der Bundesagentur für Arbeit) nicht zurückgefahren, sondern sollen als Pflichtaufgabe auf eine verlässliche gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die zahlreichen guten Erfahrungen und Praxisbeispiele des Programms »Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf« (BQF) müssen flächendeckend umgesetzt und ausbildungsbegleitende Hilfen müssen bedarfsgerecht vorgehalten werden.

Die Problemlagen im Ausbildungsbereich sind vielfältig. Sie zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln, ist Aufgabe der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskussion über Berufsausbildung. Die berufsbildungspolitischen SprecherInnen der LINKEN in den Landtagen und im Bundestag werden an den Entwicklungen im Ausbildungsbereich »dranbleiben« und sich weiter intensiv um die Gestaltung eines gemeinsamen Prozesses mit anderen veränderungsbereiten Akteuren in Wissenschaft, Politik

und Wirtschaft bemühen. Sie sind AnsprechpartnerInnen für die Diskussion zur Ausbildungspolitik auch innerhalb der LINKEN.

Literatur

- Bundesagentur für Arbeit (2007): Monatsbericht Oktober. Teil II Ausbildungsmarkt.
- DGB Jugend Nord (2007): Presseerklärung. Die offizielle Ausbildungsstatistik überschneidet Tausende von Jugendlichen: Das Beispiel Hamburg, 21. Oktober, www.dgb-jugend-nord.de
- DIE LINKE (2007): Magdeburger Erklärung »Grundrecht auf Ausbildung sichern! – Linke Perspektiven für eine Reform der beruflichen Bildung.« Erklärung zur Fachtagung am 12. Mai 2007 in Magdeburg.
- Krekel, E.M./BIBB (2007): Der Ausbildungsstellenmarkt Thüringen im bundesweiten Vergleich, Erfurt, März
- Stender, J. (2006): Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Teil 1: Strukturprobleme und Ordnungsprinzipien des Dualen Systems. Stuttgart.
- Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit (2007): Berufsbildungsbericht 2007.
- Votum der Gruppe der Beaufragten der Arbeitnehmer zum Entwurf des Berufsbildungsberichts des Bundes 2007